

gend ein Kampf und bevorsteht, so bitte ich Sie (Linke), in dieser Session endlich dahin es zu bringen, daß der Miß, der zwischen uns besteht, nicht größer werde, damit wir freudig unsern Gegnern gemeinsam entgegenzutreten können.

Abg. Simson hofft auch diesmal der Versuchung zu widerstehen, hier auszusprechen, was ihm in der in Rede stehenden Frage die innerste Seele bewege. Die staatsrechtliche Seite der Frage scheint ihm erschöpft; ist man doch überall entschlossen, sich nicht überzeugen zu lassen. Man wirft uns vor, die Geltung Preußens im Jahre 1848 sei auf Null reducirt gewesen. Für gewisse Augenblicke ist dies vollkommen wahr; der Eindruck, unter dem Ihre Landsleute in die Paulskirche eintraten, stand in keinem Verhältnisse zum preussischen Geiste, ja nicht einmal zu den preussischen 16 Millionen. Europa hatte gesehen, daß am 18. März die stolze preussische Monarchie mit dem Aufbruch umsonst gekämpft hatte. In diesem Augenblicke suchten wir in Frankfurt in einer von Hause aus durchaus anti-preussischen Versammlung den Gedanken zu wecken, die Herrschaft über Deutschland gebühre nicht dem traditionellen Hause Habsburg, sondern dem neuen Deutschland. Hierfür war man uns Dank schuldig; den Umschlag der öffentlichen Meinung, daß die Majorität eine preussische wurde, verdanken Sie Ihren preussischen Landsleuten in der Nationalversammlung! Wir behaupten noch heute, daß der Theil des Bundesrechts, der sich auf die völkerrechtliche Vereinigung Deutschland bezieht, nie erloschen ist, und worin dieser Theil besteht, ist gestern hinlänglich hier ausgeführt worden. Es ist nicht nötig, uns zu warnen, daß die Konsequenzen des Bundesrechts von uns bis zum Unfinn gezogen werden. Der Abgeordnete wendet sich gegen die Behauptungen des Grafen Arnim, bringt ihm in Erinnerung, daß er den zweiten Vereinigten Landtag einberufen, den Bundesstaat proclamirt habe etc., um den Antheil desselben an der Bildung der Deutschen Nationalversammlung zu beweisen. Unsere Partei, fährt er fort, hat, wie damals gegen den demokratischen Absolutismus, so jetzt gegen den Absolutismus von der andern Seite zu kämpfen; daher kann es zuweilen wol vorkommen, als würden wir zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben. Man hat die Solidarität der parlamentarischen Interessen lächerlich gemacht, aber widerlegt hat es noch Niemand. Preußen ist nicht denkbar ohne ein durch die Volksliebe getragenes Königthum, das Königthum und die Freiheit müssen sich gegenseitig garantiren. Um es hier offen auszusprechen, Das ist es, was wir unserer Regierung zum Vorwurf machen, daß sie das Königthum beschädigt. Wir unterwühlen nicht die Autorität, wir suchen die Verfassung, die Feinde ringsum hat, und die das größte Kleinod der Autorität ist, zu stützen. Die Frage, die jetzt vorliegt, ist eine ganz allgemeine, ob es in Deutschland ein Staatsrecht geben soll. Sie sagen, mag doch der Bundesstag sagen was er will, eine halbe Million preussischer Landeskinder unter Wasfen haben ihre Stimme abzugeben. Hören Sie in dieser Sitzung endlich auf zu restauriren, eingedenk des Ausspruchs einer der größten Staatsmänner, daß die Restauration die schlechteste Art der Revolution ist.

Ministerpräsident v. Manteuffel will nicht auf das über Frankfurt Gesagte eingehen und nur dem Vorwurfe widersprechen, daß die Regierung den Absolutismus wolle. Sie wolle nur nicht, daß das Haus oder dessen Minorität den Areopag bilden, um in Deutschland über Recht oder Unrecht zu entscheiden. Nach ihm sprechen noch Graf Dyhren, v. Vinde, Graf v. Arnim, v. Bodelschwingh und Simson, dem sich Abg. Weseler als Antragsteller anschließt, der den Commissionsantrag bekämpft. Wir sind, sagt er, conservativ genug; aber wir wollen diese Solidarität der conservativen Interessen deshalb nicht, weil sie aus dem Absolutismus beginnen und weil der Absolutismus der Macht und Größe Preußens schadet. Man hat gestern die österreichischen Minister erwähnt, vor deren Tüchtigkeit sicherlich Jeder unter uns die tiefste Achtung hegt. Aber wir sind auch überzeugt, daß wenn Oesterreich eine Verfassung besäße oder sie besitzen könnte, wie sie Preußen besitzt, die österreichischen Minister sie auch sicher auf eine sehr vortheilhafte Weise benutzen würden, namentlich den übrigen deutschen Bruderstämmen gegenüber zu benutzen wissen würden. Ohne andere Autoritäten zu citiren, schließt er mit einer gewiß von allen unbestrittenen, mit einer Aeußerung Gneisenau's aus einer Druckschrift, welche vor 1813 von ihm erschienen: Bei der bevorstehenden Erhebung müßten Preußens größte und stärkste Bundesgenossen sein die drei: die Wissenschaft, das Schwert und die Constitution. Zuletzt spricht der Berichterstatter Nöldeken noch Einiges zur Vertheidigung des Commissionsantrags, worauf nach nochmaligen persönlichen Entgegnungen der Abgg. Bodelschwingh und Weseler zur Abstimmung geschritten und der Commissionsantrag in nameutlicher Abstimmung mit 139 gegen 133 Stimmen angenommen wird.

In der I. Kammer wird der Bericht der Commission zur Erwägung der Anträge der Abgg. v. Gaffron, Dr. v. Zander, Dr. Klee, v. Plöß auf Abänderung der Artikel 78, 62, 85, 73, 76, 99 der Verfassung berathen. Danach beantragt die Commission, nachdem ein präjudicielles Amendement einzelner Mitglieder, zu beschließen: „Der Kammer die Ablehnung sämtlicher vorgedachten Anträge zu empfehlen“, verworfen worden, Folgendes: ad 1) Antrag des Abg. Dr. Klee auf Streichung der Diäten und Reisekosten für die Mitglieder der II. Kammer, „den Antrag abzulehnen“. ad 2) Antrag des Abg. Frhrn. v. Gaffron auf Streichung der Worte: „Beamte bedürfen keines Urlaubs zum Eintritt in die Kammer“, „diesem Antrag Folge zu geben“. ad 3) Antrag des Abg. v. Plöß auf sechsjährige Legislaturperiode der II. Kammer, Einberufung mindestens alle zwei Jahre und zweijährige Etatsperiode des Staatshaushalts, „den Antrag v. Plöß abzulehnen“. ad 4) Antrag des Abg. Dr. v. Zander auf Streichung der Bestimmung: „Leptere (Staatshaushaltsetats) werden von der I. Kammer im Ganzen an-

genommen oder abgelehnt“, „dem Antrag Folge zu geben“. Die Abstimmung hierüber ergab folgendes Resultat: Abg. Klee zieht seinen Antrag zurück. Der Gaffron'sche Antrag wird abgelehnt, ebenso der des Abg. v. Plöß, und schließlich ein Antrag auf Vertagung der Debatte über den Antrag des Abg. v. Zander angenommen.

Der Nürnberger Correspondent berichtet aus München vom 28. Jan: Bei dem Abg. Reinhardt hat gestern Hausfuchung nach dem von demselben veröffentlichten Flugblatte „Beweisantritt über die durch militärische Gewalt vernichtete Wahlfreiheit in Schwaben und Neuburg“ stattgefunden; alle vorgefundenen Exemplare wurden auf Grund der Art. 31 und 33 des Pressegesezes confiscirt. Es ist dieses Flugblatt ein Abdruck der Eingabe des genannten Abgeordneten an die Kammer, durch welche derselbe eine von ihm in der Kammer gemachte Aeußerung zu beweisen sucht. Die Mehrzahl der Exemplare war bereits vertheilt, als die Confiscation erfolgte.

Darmstadt, 28. Jan. Das an die Anwälte ergangene Verbot, mit einem Schnurrbart vor Gericht zu erscheinen, hat zu Conflicten geführt. In der gestrigen Affensitzung erschien der Vertheidiger mit einem solchen Bart; nicht zugelassen, weil er sich weigerte, sofort seinen Bartschmuck abzulegen, zog er sich zurück, sodas das Verfahren aufgeschoben werden mußte, bis ein anderer Anwalt die Vertheidigung übernommen hatte.

In Altenburg hat das Landesjustizcollegium verordnet, daß die Gesamtzahl der Advocaten des Landes, welche bisher gesetzlich 60 betrug, nach und nach bis auf 71 gestiegen war, künftig nur 50 betragen darf. Die Reduction soll dergestalt erfolgen, daß von nun an die Stelle von zwei abgehenden Advocaten immer nur ein neuer ernannt wird, bis die gesetzliche Zahl 50 erreicht ist.

Der Landtag zu Gotha ist am 28. Jan. aufgelöst worden, weil er die Vorlage der Regierung über die Vereinigung von Coburg und Gotha und über die Verfassungsrevision mit 13 gegen 11 Stimmen verworfen hat. Am 29. Jan. will der Herzog nach Wien reisen.

Hannover, 29. Jan. Die Kammern sind heute vertagt worden. Wann der nächste ordentliche Landtag zusammenzutreten hat, gibt das königliche Vertagungsschreiben nicht an; nur so viel sagt es, daß die im §. 59 des Gesetzes vom 5. Sept. 1848 als Regel festgesetzte Zeit des Anfangs einer ordentlichen Diät der allgemeinen Ständeversammlung das nächste mal nicht werde eingehalten werden können, weil die Vorlagen bis dahin nicht vorbereitet sein könnten. Vor dem Verlesen dieses Vertagungsschreibens nahm die I. Kammer den Beschluß der II. Kammer an, demzufolge die Regierung aufgefordert werden soll: „Den vertriebenen Schleswig-Holsteinern, wenn gegen sie nichts weiter vorliegt als ihre Theilnahme an der deutschen schleswig-holsteinischen Sache, beim Eintritt in dieses Königreich, und falls sie darum nachsuchen, die Ertheilung des Staats- und Gemeinbürgerrechts nicht zu erschweren, vielmehr thunlichst zu erleichtern.“ Staatsminister v. Borries sprach sich gegen den Beschluß aus. Schließlich ging noch das königliche Erwidierungsschreiben wegen des Zollvertrags vom 7. Sept. v. J. ein, wurde verlesen und genehmigt. Das Schreiben, das veröffentlicht werden soll, schließt mit dem Wunsche: daß dieser hochwichtige Vertrag zum wahren Segen des Vaterlandes gereichen möge.

Aus Luxemburg vom 26. Jan. bringt das Luxemburger Wort die Nachricht, daß der von der niederländischen mit der päpstlichen Regierung abgeschlossene Handels- und Schiffsvertrags zur weiteren Folge eine Ueberkunft mit der päpstlichen Curie gehabt habe, nach welcher die katholische Hierarchie in den Niederlanden wiederhergestellt und eine Anzahl bischöflicher Sitze errichtet werden soll. Man hofft infolge davon auch die baldige Rückkehr des Bischofs Laurent.

Wien, 29. Jan. Soeben ist im Verlage von Jasper, Hügel und Manz der erste Band des mehrfach erwähnten und besprochenen Werkes: „Lord Palmerston, England und der Continent“ von C. L. Grafen v. Fiquelmont in deutscher Uebersetzung erschienen.

Aus Wien vom 28. Jan. berichtet die Conservative Zeitung für Schlesien: Im Auftrage des Kaisers sind allen Armeeobercommandanten Befehle zugewendet worden, sich hierher nach Wien zu verfügen. — Wieder eine „Hauptsitung“ der Zollconferenz. Die Bevollmächtigten sind fortwährend so „vollständig einig“, daß zwei derselben abgereist sind, um, wie die Lithographirte Zeitungs-Correspondenz meldet, bestimmtere Informationen einzuholen. Man vermuthet, sie werden nicht wiederkommen.

### Spanien.

Madrid, 23. Jan. Der Ministerrath hat sich zwei mal versammelt, was zu einer Menge Vermuthungen Anlaß gibt. Es heißt, die Desamortisirung der Kirchengüter habe die zwei Hauptmitglieder des Cabinets entzweit: den Conseilpräsidenten Bravo Murillo und den Minister des Innern Bertran de Lyz. Bravo Murillo will in dieser Angelegenheit nicht so weit gehen als sein Colleague. Die Discussion zwischen den zwei Ministern soll so heftig gewesen sein, daß man den Rücktritt des Ministers des Innern für gewiß annehmen kann. Wir glauben dieses letztere Gerücht als glaubwürdig verbürgen zu können.

### Frankreich.

Paris, 29. Jan. (Telegraphische Depesche des Correspondenz-Bureau.) Der heutige Moniteur bringt die Ernennung Hieronymus Napoleons zum Präsidenten des Senats, so wie die Ernennung von vier Vicepräsidenten.